

Eltern wollen eingebunden sein

VG-RAT Pläne für Neugestaltung des Schulgeländes in Nackenheim sind umstritten / Viele Details noch offen

VG BODENHEIM/ NACKENHEIM (boh). Ungewöhnlich stark besucht war der Sitzungssaal der Verbandsgemeinde, als es um Fragen der gemeinsamen Zukunftsplanungen für die Grundschule und das Gymnasiums in Nackenheim ging.

Schon im Vorfeld zur Sitzung äußerten Schul- und Elternsprecher ihr fehlendes Verständnis für die vom Kreisausschuss verabschiedeten Plänen zur Neugestaltung des Schulgeländes. Diese sehen vor, den Erweiterungsbau des Gymnasiums, den Neubau der Grundschule und eine gemeinsame Mensa in einem Gebäudekomplex zusammenzufassen (die

AZ berichtete). Die Elternvertretung wünschte sich eine stärkere Einbeziehung in die Planungen. Der Schulleitersprecher des Gymnasiums, Alexander Schneider, formulierte in einem Schreiben an Landrat, Kreis und VG: „Die in der Kreisverwaltung vorgetragenen Bedenken und Anregungen der Schulleitung und Schulleiternbeiräte fanden kein Gehör bei den Vertretern des Kreises.“ Grundsätzliche Zustimmung für eine stärkere Integration der Eltern signalisierten alle Fraktionen des VG-Rats. Ein Planungsentwurf der Eltern sähe eine größere räumliche Distanz zwischen Grund-

schulern und Gymnasiasten vor, wobei die gemeinsame Mensa auch hier vorgesehen bliebe. Der Pausenhof der Oberschule würde in diesem Entwurf stark verkleinert.

Eine Aufnahme dieser Planänderungen in den Kreisausschuss sei nicht zu erwarten, wie der erste Kreisbeigeordnete, Adam Schmitt (FWG), signalisierte. Weiter sprach er in Hinblick auf den verabschiedeten Plan von „Ideenskizzen“, und wies darauf hin, dass viele Detailfragen noch nicht entschieden seien. Gleichzeitig hofft er die Baumaßnahmen so schnell wie möglich umzusetzen. Die von Schmitt vorge-

stellte und vom Kreisausschuss verabschiedete Neubauvariante ermöglicht dem Kreis, im Vergleich zu anderen Bauvarianten, Baukosteneinsparungen in Höhe von rund 2 Millionen Euro. Die Gesamtbaukosten liegen für den Kreis damit bei etwas 10,5 Millionen Euro. Die Kosten für die VG liegen Schätzungen zur Folge bei etwa 3,6 Millionen Euro. Die Wirtschaftlichkeit der beschlossenen Variante war von besonderer Bedeutung für die Entscheidung des Kreisausschusses.

Marianne Grosse (SPD) betonte die Wichtigkeit weitergehender pädagogischer Fragen,

wie sie die Elternbeiratssprecherin der Grundschule, Judith König, aufgeworfen hatte, machte sie aber nicht weiter zum Gegenstand der politischen Debatte. Zusammen mit Vertretern der FWG formulierte CDU-Fraktionssprecher Matthias Schäfer (CDU) einen Beschlussvorschlag, der grundsätzliche Zustimmung zum Planungsentwurf des Kreisausschusses signalisiert, solange Interessen beider Schulen gewahrt werden, indem Eltern, Schüler und Lehrer in die weiteren Planungen eingebunden werden. Der Beschlussvorschlag wurde einstimmig angenommen.